

3 april 1959

U 3164/59 - C 46 - P4/PS9.

PA 9683/17

GEHEIM

Land: Polen.

Onderwerp: Kirche und Staat in Polen.

Referenties:

Datum van waarneming: Medio maart 1959.

Bron: Betrouwbaar, met goede contacten in Poolse politieke kringen.

Opmerkingen:

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Zijne Excellentie Prof. Dr L.J.M. BEEL
Minister-President

Plein 1813 no. 4

's-GRAVENHAGE.

GEHEIM

Polen

KIRCHE UND STAAT IN POLEN

Vor dem III. Parteitag der PZPR - wenige Tage nach GOMULKAs Rückkehr aus Moskau - hat im Zentral-Komitee in Warschau eine Aussprache über die künftige Kirchenpolitik der Partei stattgefunden. Die wichtigsten Teilnehmer waren: GOMULKA, KLISZKO, Zenon NOWAK, Minister BIENKOWSKI, Minister ZOLKIEWSKI und der Regierungsbevollmächtigte für Kirchenangelegenheiten Jerzy STRZELECKI.

BIENKOWSKI wurde von NOWAK vorgeworfen, dass seine Theorie, die katholische Kirche im täglichen Leben zu ignorieren und so die Jugend von ihr abzulenken, zu keinem Erfolg geführt hat. Es ist weiterhin damit zu rechnen, dass so kein Erfolg der Partei beschieden werden kann, weil die Jugend zu Hause von ihren Eltern doch im katholischen Geiste erzogen wird. NOWAK forderte wirksamere Massnahmen gegen die Verbreitung des Katholizismus. Ein geistiges Gegengewicht durch die Partei gegenüber der katholischen Kirche - so fuhr NOWAK fort - wäre nur in beschränkter Masse möglich, weil zu wenig Jugendliche unter 23-24 Jahren durch irgendeine Parteiorganisation erfasst worden sind. Deshalb wurde von ihm vorgeschlagen - seinen Vorschlag unterstützte auch ZOLKIEWSKI - der Jugend schon in der Schule eine intensivere atheistische Erziehung zu geben. BIENKOWSKI sprach sich dagegen aus, weil dies nach seiner Meinung den Religionskrieg nur verstärken müsste. GOMULKA hat in diesem Streit keine eindeutige Stellung bezogen. Schliesslich wurde mit seiner Zustimmung beschlossen, zunächst jede herausfordernde Stellung gegen die Kirche zu unterlassen. Dafür soll jedoch jeder Übergriff der Kirche gegen die vom Staat auferlegten Beschränkungen drastisch zurückgewiesen werden. Es soll nämlich in Zukunft jede Person - auch die Geistlichen - die gegen die Konstitution

"Trennung der Kirche von der Staatsführung" verstösst
disziplinarisch geahndet werden.

STRZELECKI wurde beauftragt, eine diesbezügliche Warnung
der Partei in einer entsprechenden Form WYSZYNSKI zukommen
zu lassen.

Tweede helft maart 1959.